

# AfD wollte mit den Kirchen diskutieren – aber ...

... sie stellten sich nicht – Landesbischof kam nicht, ein Pfarrer nur als Beobachter.

Der AfD-Kreisverband Reutlingen wollte im Vorfeld der Bundestagswahl (26. September) mit evangelischen Kirchenvertretern diskutieren. Eingeladen waren Landesbischof Frank Otfried July (Stuttgart) und der örtliche Pfarrer Martin Burgenmeister am 1. September nach Münsingen. Beide stellten sich aber nicht der Diskussion. July kam nicht – ohne Begründung – und Burgenmeister besuchte die Veranstaltung nur als Beobachter. Zur Vorgeschichte: Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Reutlingen hatte im Juli die Wahlkreis-kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien eingeladen – mit Ausnahme der AfD. Die Partei organisierte daraufhin die eigene Veranstaltung in Münsingen. Dabei sprach neben dem AfD-Kandidaten Hansjörg Schrade der kirchenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Volker Münz (Göppingen). Pfarrer Burgenmeister, der Mitglied im Vorstand der ACK Reutlingen ist, äußerte sich nach der Veranstaltung gegenüber IDEA. Nach seinen Worten war insbesondere der Vortrag von Münz so gestaltet, „dass ein Dialog oder eine Diskussion mit Respekt möglich erschien“. Auch Schrade habe sich „trotz mancher grenzwertiger Polemik ausdrücklicher Diffamierungen enthalten“. Persönlich sei er weiterhin der Ansicht, so Burgenmeister, dass man das Gespräch mit Mitchristen suchen solle, die andere Meinungen vertreten, „allerdings am geeigneten Ort und in einer passenden Form“. Eine Sprecherin der Landeskirche teilte IDEA zum Fernbleiben des Landesbischofs mit, dass man diese Entscheidung nicht kommentieren wolle. Der Vorstand der ACK Reutlingen teilte IDEA auf Nachfrage mit, dass es mehrere Gründe dafür gegeben habe, dass sie Schrade im Juli nicht zu ihrer Veranstaltung eingeladen hatte. „Diffamierende Äußerungen,

Herabsetzungen und Ausgrenzungen, wie sie der AfD-Kandidat Schrade zum Beispiel auf seiner Facebook-Seite massiv von sich gegeben“ habe, hätten einen Dialog unmöglich gemacht. Weiter heißt es in der Stellungnahme, es sei eine Sache, mit Menschen zu reden, die sich bei der AfD engagieren. Eine andere sei es jedoch, ihnen „ein Podium für die Verbreitung von Hetze und Diffamierungen“ zu geben. Zudem lasse die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz Zweifel aufkommen, ob die AfD noch auf dem Boden der Verfassung stehe. Außerdem solidarisiere sich Schrade mit Personen wie dem Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke, „die deutlich erkennbar die Wertegrundlagen unseres Gemeinwesens ablehnen und verändern wollten“.

## AfD: Keine Feinde der Kirche

Schrade erklärte gegenüber IDEA, dass die AfD den Kirchen grundsätzlich nicht feindlich gegenüberstehe. Deshalb sei er auch enttäuscht, dass deren Vertreter ihn nicht zur Podiumsdiskussion im Juli eingeladen hätten. Die Vorwürfe der ACK weise er zurück. Im Gegenteil setze er sich in seinem Kreisverband dafür ein,

dass „bestimmte Dinge hier im Landkreis nicht gesagt“ würden. Beim Thema Migration solle beispielsweise nicht „der einzelne Migrant zum Gegner erklärt“ werden. Die Kritik müsse vielmehr „eindeutig auf die Regierung ausgerichtet“ werden, „die unsere Grenzen nicht schützt“. Außerdem sei noch nicht entschieden, ob die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz rechtens sei. Das Kölner Verwaltungsgericht wolle sich erst nach der Bundestagswahl mit dem Eilantrag der Partei beschäftigen, mit dem die AfD eine Beobachtung unterbinden wolle. Schrade sehe zudem keinen Grund, sich von Björn Höcke zu distanzieren, auch wenn er nicht mit allen seinen Äußerungen übereinstimme. Nach eigenen Angaben war Schrade selbst bis zum Jahr 2000 Mitglied der württembergischen Landeskirche und zeitweise auch Mitglied im Kirchenvorstand der Reutlinger Katharinenkirche. Nach seinem Austritt gehörte er bis 2015 der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) an, die er aufgrund von theologischen Differenzen verlassen habe. Heute besuche er die Gottesdienste einer anderen Freikirche. Er wolle aber nicht, dass ihr Name veröffentlicht werde.



Die ACK in Reutlingen hatte im Juli die Wahlkreis-kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien eingeladen – mit Ausnahme der AfD.